

>>> KERNTHESEN ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK MIT AFRIKA

Thesenpapier

Dr. Christian Ruck Sibylle Pfeiffer Hartwig Fischer

Berlin, 6. Juli 2011



Die nachfolgenden sieben Kernthesen zur Entwicklungspolitik mit Afrika dienen als Denkanstöße für den Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. Juli 2011. Diese Thesen sind bewusst knapp gehalten, um sich auf die als zentral erachteten Fragestellungen der Entwicklungspolitik mit Afrika zu konzentrieren. Sie sollen weder eine umfassende Strategie ersetzen und auch keine erschöpfende Aufzählung erforderlicher und möglicher Förderbereiche darstellen.

1. Ein prosperierendes Afrika, in dem die Menschen in Frieden, Freiheit und Wohlstand ein Leben führen können, das ihren persönlichen Wünschen und Zielen gerecht wird, ist im überragenden Interesse Europas und Deutschlands. Deshalb wollen wir die afrikanischen Partner dabei unterstützen, diesem Ziel näher zu kommen. Es folgt dabei dem christlichen Menschenbild, dem zentralen Leitbild der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und ist auch in unserem ureigensten Interesse.

Wir brauchen ein Afrika frei von militärischen Konflikten, ein in der Weltwirtschaft stärker werdendes Afrika, ein Afrika als Partner bei der Bewältigung des Klimawandels und anderer globaler Zukunftsfragen wie der Bekämpfung von Drogenhandel, Menschenschmuggel und Terrorismus. Afrika als Partner bezieht sich in hohem Maße auf seine Staaten, aber immer mehr auch auf die an Schlagkraft gewinnenden afrikanischen Institutionen wie die Afrikanische Union oder Regionalorganisationen.

Solche Institutionen können nach innen als Treiber für grenzüberschreitende und gemeinsame Problemlösungen und für eine notwendige regionale Integration wirken. Nach außen können sie Afrika oder afrikanische Regionen in internationalen Verhandlungen, z. B. im Klimabereich, wirksam vertreten und für alle zu besseren Ergebnissen beitragen. Neben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Ländern sollte daher auch die Unterstützung afrikanischer Institutionen angemessenes Gewicht finden.

2. Wirtschaftlicher Fortschritt und Sicherheit sind nicht voneinander zu trennen.

Ohne ein physisch und rechtlich sicheres Umfeld unterbleiben private Investitionen und auch staatliche Institutionen können bei angespannter Sicherheitslage ihre Aufgaben bestenfalls rudimentär erfüllen. Umgekehrt erhöht aber auch breitenwirksamer und wachsender wirtschaftlicher Wohlstand die Sicherheit der Menschen. Dies bedeutet, dass auch die klassische Entwicklungspolitik bei isoliertem Handeln nicht alle Ziele erreichen kann.

Auch in Afrika ist es richtig von vernetzter Sicherheit zu sprechen, z. B. wenn versucht wird, sogenannte fragile Staaten in stabilere Verhältnisse zu führen. Diese zumeist schwierigen Transformationsprozesse erfordern auch bei den Partnern

Afrikas ein konzertiertes Ineinandergreifen der Politiken. Außen-, Außenwirtschafts-, Entwicklungs-, sowie Klima- und Umwelt-politik müssen abgestimmt handeln. Der Afrikanischen Union (AU) kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

3. Afrikas Vielfalt in der Geschichte, der Kultur, der Politik, der Wirtschaft, der Natur und der Menschen erfordert ebenso vielfältige Strategien der Zusammenarbeit. Einheitliche Rezepte zur Zusammenarbeit kann es daher nicht geben.

Diese Vielfalt müssen auch die Strategien der Zusammenarbeit aufweisen. Entwicklungspolitische Kooperation muss immer mit dem jeweiligen Partner (Land, Region, Stadt, Institution) passgerecht auf dessen Bedürfnisse und Kapazitäten abgestimmt sein, wenn sie die intendierten Ziele erreichen soll.

Aus entwicklungspolitischer Sicht hervorstechend ist die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung. Auf ganz Afrika bezogen lag das Wirtschaftswachstum in den letzten 10 Jahren bei historisch sehr hohen ca. 6 %. Dennoch ist zu befürchten, dass Afrika südlich der Sahara viele wichtige Millenniumsentwicklungsziele verfehlen wird. Armut, Hunger, Müttersterblichkeit sind dort noch immer sehr hoch und die ökologische Nachhaltigkeit nicht erreicht.

4. Entwicklungspolitik muss auf diese Entwicklungsdefizite wirksame und ergebnisorientierte Antworten finden. Insbesondere muss die Förderung eines breitenwirksamen Wachstums, das möglichst vielen Menschen in Afrika Bildung, nachhaltige Arbeitsplätze und Wohlstand bringt, im Vordergrund stehen.

Von besonderer Bedeutung für eine stabile Entwicklung in diesen Ländern ist hierbei die Herausbildung eines breit aufgestellten wirtschaftlichen Mittelstands. Grundlage hierfür ist die Unterstützung im Bereich Bildung, dabei besonders bei der beruflichen Bildung. Alle Erfahrungen zeigen, dass Ansätze, die auf Eigeninitiative der Menschen, die Entwicklung einer Privatwirtschaft und funktionsfähiger effizienter staatlicher Institutionen setzen, hier die meisten Fortschritte erzielen. Die Entwicklungszusammenarbeit muss langfristig in eine wirtschaftliche Zusammenarbeit überführt werden.

Besondere Bedeutung für die Entwicklung und Ernährungssicherung kommt der ländlichen Entwicklung und der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft bei. Hierfür sollten Partnerschaften mit der deutschen Wirtschaft verstärkte Entwicklungsbeiträge leisten. Dieser Ansatz ist keine versteckte Außenwirtschaftsförderung sondern mobilisiert das Know-How für privatwirtschaftliche Entwicklungsprozesse von denen, die es besitzen und erfolgreich in Deutschland und der Welt anwenden.

Viele afrikanische Länder weisen durch Rohstoffvorkommen ein hohes Entwicklungspotenzial auf. Die Erlöse daraus kommen jedoch vielfach der Bevölkerung nicht zugute und sind zudem Ursache gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Die positiven Entwicklungspotenziale afrikanischer Länder müssen für die Bedürfnisse der Menschen genutzt werden. Dieser Weg muss unsere Unterstützung finden und wichtiges Element der Bemühungen zur Verbesserung der Regierungsführung in afrikanischen Ländern werden.

Die Feststellung der Vielfältigkeit bedeutet aber nicht, dass wir unsere eigenen gewachsenen Wertevorstellungen hintanstellen.

Der "Arabische Frühling" zeigt uns gerade eindrucksvoll wie universell Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gute, an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Regierungsführung von den Menschen eingefordert werden. Es ist daher richtig und zutiefst christdemokratisch, diese Werte auch mit der Entwicklungspolitik zu stärken, wo und mit wem dies möglich ist und Mindeststandards zur Bedingung für die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu machen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Stärkung der Zivilgesellschaft in Afrika durch zivilgesellschaftliche Träger der deutschen Entwicklungspolitik ein wichtiges und weiter auszubauendes Markenzeichen christdemokratischer Entwicklungspolitik. Dies muss prominent die politische Bildung und Nachwuchsförderung durch unsere politischen Stiftungen einschließen. Hier muss auch schnell und flexibel gehandelt werden können, wenn sich dafür kurzfristig die politischen Rahmenbedingungen verbessern, wie 2011 in Nordafrika.

6. Entwicklungspolitik ist auch in Afrika eine Gemeinschaftsaufgabe aller Entwicklungspartner.

Die Menschen und die Regierungen der afrikanischen Länder tragen zunächst selbst die Verantwortung, ihre Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und voranzutreiben. Bilaterale und multilaterale Geber sollten diese abgestimmt, kohärent und arbeitsteilig unterstützen.

Insbesondere die Europäische Union, die über die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten allein mehr als die Hälfte der internationalen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aufbringt, muss ihre eigenen Koordinierungsbemühungen in der praktischen Arbeit verstärken. Das Kohärenzgebot muss das Handeln verschiedener Politikbereiche wie z. B. der Handels-, Agrar-, und der Entwicklungspolitik einschließen.

7. Eine immer größere Herausforderung für Afrika und die Entwicklungspolitik ist der Umgang mit den Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung, einschließlich des Verlustes an Biodiversität. Der Klimawandel gefährdet die Entwicklungserfolge Afrikas in vielen Bereichen. Die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung sind bisher vielfach nicht gestellt.

Deutsche Entwicklungs- und Klimapolitik müssen dem afrikanischen Kontinent bei dieser kritischen Zukunftsaufgabe besonderes Augenmerk schenken. Dies ist nicht nur für die Entwicklung Afrikas und das Leben seiner Menschen selbst wichtig, sondern auch für das Weltklima von hoher Bedeutung.

Im Vorfeld der Weltklimakonferenz von Durban Ende 2011 wäre die Vorlage eines kohärenten Unterstützungskonzeptes, das die besonderen klimapolitischen Bedürfnisse des afrikanischen Kontinentes aufgreift, ein wichtiges Signal für das deutsche politische Engagement.

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
11011 Berlin